

Bericht
des
schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung
über seine Geschäftsführung im Jahre 1911.

(Vom 26. Februar 1912.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Gemäss Art. 47 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege beehren wir uns, Ihnen über unsere Amtstätigkeit im Jahre 1911 folgendes zu berichten:

A. Allgemeines.

Personelles.

Im Bestand des Gerichts und des Personals der Bundesgerichtskanzlei sind im Berichtsjahre keine Änderungen eingetreten.

Organisation.

Die Kommissionen der beiden eidgenössischen Räte, die mit der Prüfung des Entwurfs zu einer Revision des Organisationsgesetzes von 1893 beauftragt waren, hatten das Bundesgericht eingeladen, sich bei ihren Verhandlungen durch eine Delegation vertreten zu lassen. Wir sind ihnen dankbar dafür, dass sie uns in einer für das Bundesgericht so wichtigen Frage Gelegenheit zur Äusserung unserer Wünsche geboten haben. Da die Räte

das revidierte Gesetz erst im Oktober 1911 endgültig annehmen konnten, war es nicht möglich, das Gesetz schon auf den 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen, wie das Bundesgericht es gewünscht hatte. Dessen ungeachtet haben wir uns, in der Erwartung, dass das neue Gesetz nicht dem Referendum unterstellt werde, bereits mit der Revision des Reglementes für das Bundesgericht beschäftigt, besonders mit der zukünftigen Verteilung der Geschäfte, nämlich einerseits zwischen dem Gesamtgericht, der staatsrechtlichen Abteilung und den beiden Zivilkammern, anderseits zwischen diesen zweien unter sich. Die vom Bundesgericht zum Studium dieser Fragen eingesetzte Kommission hat ihre Arbeiten begonnen.

Bauliche Änderungen im Bundesgerichtsgebäude.

Das Bundesgericht hatte sich an Hand des der Bundesversammlung unterbreiteten Entwurfes des revidierten Organisationsgesetzes mit der Frage der Schaffung neuer Lokalitäten für die durch dieses Gesetz vorgesehenen neuen Richter, Beamten und Angestellten zu befassen. Nach verschiedenen Konferenzen mit der Direktion der eidgenössischen Bauten wurde diese Frage folgendermassen gelöst:

Von den fünf neuen Richtern werden drei in Bureaux untergebracht, die gegenwärtig von Gerichtsschreibern und Gerichtssekretären besetzt sind; der vierte findet Platz in dem Lokal, das anfänglich als Kommissionszimmer bestimmt war, seit mehreren Jahren aber von Kanzleiangestellten benutzt wird; für den fünften endlich wird das Zimmer, das bis jetzt als Garderobe diente, in ein Bureau umgebaut. Zur Unterbringung der bis jetzt im Kommissionszimmer arbeitenden Kanzleiangestellten ist bereits der westliche Teil des Archivs in eine Hilfskanzlei umgewandelt worden, was zur Folge hatte, dass der in diesem Flügel des Archivs sich befindende Bücherbestand in den Dachräumen untergebracht werden musste. Zur Beschaffung der nötigen Bureaux für Gerichtsschreiber und Sekretäre wird die bisher im II. Stock von einem der Bundesgerichtsweibel benützte Dienstwohnung in Anspruch genommen. Nach Beendigung der nötigen baulichen Umänderungen werden dort vier neue Bureaux zur Verfügung stehen.

Auf diese Weise lässt sich für die fünf neuen Richter und für zehn Gerichtsschreiber und Sekretäre Platz schaffen. Für die zwei weiteren Beamten, die das neue Gesetz vorsieht und deren Anstellung nur noch eine Frage der Zeit ist, werden die

Lokale verwendet werden müssen, die den Besuchern der Bundesgerichtsbibliothek: Professoren, Advokaten und Studenten, zum Studium der Bücher angewiesen waren. Es wird sich dann fragen, in welcher Weise die Benützung der Bibliothek dem Publikum weiterhin gestattet werden könne.

Die für die oben erwähnten Umbauten und Erweiterungsarbeiten nötigen Kredite figurieren auf dem Budget für das Jahr 1912. Die erforderlichen Arbeiten haben anfangs dieses Jahres begonnen und sollen auf Ende März beendet sein.

Wenn die umzubauenden Lokale einmal bezogen sind, wird im Gebäude kein freier Platz mehr zur Verfügung stehen, mit Ausnahme einiger Räumlichkeiten auf dem Estrich, die aber, der schlechten Beleuchtung wegen, schwerlich ausnützlich sind.

Errichtung eines neuen Bundesgerichtsgebäudes.

Nachdem die Eidgenossenschaft das Terrain zur Erstellung eines neuen Bundesgerichtsgebäudes erworben hatte, hat das eidgenössische Departement des Innern das Bundesgericht eingeladen, ein Verzeichnis der nötigen Räumlichkeiten und der verschiedenen Installationen aufzustellen, um hernach die Plankonkurrenz eröffnen zu können.

Demgemäss hat das Bundesgericht, nachdem eine Kommission aus seiner Mitte die dafür erforderlichen Vorstudien gemacht hatte, das verlangte Verzeichnis festgestellt und am 13. April 1911 dem Departement des Innern übermittelt. Darin wird der spätern Entwicklung des Gerichtshofes durch Zuwachs neuer Kompetenzen, sowie der Vermehrung der Zahl der Geschäfte Rechnung getragen.

In einer Besprechung des Chefs des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes mit dem Präsidenten des Bundesgerichts wurde vereinbart, dass in einer zwischen der Baukommission des Bundesgerichts und den Vorstehern des eidgenössischen Departementes des Innern und des Justiz- und Polizeidepartements abzuhaltenden Konferenz das Bauprogramm gemeinsam besprochen und auch die Möglichkeit einer Reduktion dieses Programms ins Auge gefasst werde. Die Direktion der eidgenössischen Bauten entwarf hierauf an Hand des vom Bundesgericht aufgestellten Verzeichnisses eine schematische Darstellung des zukünftigen Bundesgerichtsgebäudes und seiner Raumverhältnisse. Die Konferenz, an der die Herren Bundesräte Schobinger

und Hoffmann, der Direktor der eidgenössischen Bauten und die Baukommission des Bundesgerichts teilnahmen, fand am 14. Juli 1911 in Lausanne statt.

In der Diskussion wurde zuerst die Frage erörtert, ob das zukünftige Gerichtsgebäude sofort so auszubauen sei, dass bereits auch den spätern Bedürfnissen Rechnung getragen würde, oder ob man den Bau nur nach und nach, entsprechend dem jeweiligen Bedürfnis nach neuen Lokalitäten, ausführen solle. Die Konferenz hat sich einmütig zugunsten der ersten Alternative ausgesprochen, die den Vorzug verdiene sowohl hinsichtlich der Kostenfrage als der architektonischen Anforderungen. Aus der Prüfung der Planskizzen schien ferner hervorzugehen, dass sich der Flächeninhalt des projektierten Gebäudes ohne wesentliche Nachteile in gewissem Masse vermindern lasse, wenn man einerseits eine rationellere Ausnutzung des Sous-Sol erstrebe, anderseits auf eine Verminderung der Zahl und namentlich der Raumverhältnisse einiger Lokalitäten, z. B. der Gerichtssäle, deren Dimensionen wohl allzu reichlich bemessen waren, Bedacht nehme.

Zum Schlusse wurde die Direktion der eidgenössischen Bauten ersucht, auf Grund der Verhandlungen der Konferenz, neue schematische Skizzen zu entwerfen und sie dem Bundesgericht zuzustellen.

Am 4. Oktober sind diese Planskizzen dem Bundesgerichte zugekommen; sie tragen den Wünschen der Konferenz Rücksicht und vermindern gegenüber früher den Flächeninhalt des projektierten Gebäudes wesentlich. Nach eingehender Prüfung haben wir darüber mit Schreiben vom 24. Oktober dem eidgenössischen Departement des Innern verschiedene Bemerkungen unterbreitet, die sich namentlich auf die Anlage der Räume beziehen und dabei auf die Wünschbarkeit hinweisen, schon von Anfang an bestimmte, später unumgängliche Einrichtungen vorzusehen. Endlich haben wir den Wunsch ausgesprochen, das Bundesgericht möge vor der Festsetzung der endgültigen Vorlagen für die Konkurrenzausschreibung begrüsst werden.

Seither sind uns in dieser Sache keine weiteren Mitteilungen zugekommen.

Geschäftslast, -verteilung und -erledigung.

Die Zahl der eingegangenen Zivilberufungen zeigt gegenüber dem Vorjahre eine kleine Verminderung; sie ist von 401 im

Jahre 1910 auf 388 im laufenden Jahre gesunken. Trotzdem ist die Zahl der erledigten Fälle kleiner. Dieser Umstand, der auf den ersten Blick auffallen könnte, erklärt sich einerseits durch die Zahl der im Jahre 1910 eingegangenen, aber auf 1911 übertragenen Berufungen; sodann durch die Tatsache, dass im Jahre 1910 die Abschreibungen wegen Rückzuges der Berufung und die Beschlüsse wegen Nichteintretens auf die Sache — Geschäfte, die wenig Zeit beanspruchen und schnell erledigt sind — viel zahlreicher waren, als im Berichtsjahre (142 gegen 107). Die Dauer der Instruktion und die Erledigung der Berufungen werden vielfach auch dadurch hinausgeschoben, dass infolge Einreichung eines Kassationsbegehrens bei der kantonalen Instanz oder infolge Todes oder Konkurses der einen Partei das Verfahren vor Bundesgericht eingestellt werden muss. Endlich ist auch noch darauf aufmerksam zu machen, dass die Zahl der Berufungen, deren Aussichtslosigkeit zum vornherein feststeht, immer mehr zunimmt. Die Parteien wissen, dass ihre Sache erst nach einigen Monaten zur Verhandlung vor Bundesgericht kommt und gewisse Schuldner ergreifen das Rechtsmittel der Berufung nur, um die Vollstreckung des gegen sie ergangenen kantonalen Urteils soweit als möglich hinauszuschieben. Wird dann die Berufung zurückgezogen, so erfolgt die Rückzugserklärung meist erst, nachdem der Instuktionsrichter seinen Bericht verfasst hat, die Richter den Dossier gelesen haben und eine sachgemässe Abänderung der Tagesordnung nicht mehr möglich ist.

Aus diesen Umständen und diesem Verhalten gewisser Parteien, zu dessen Bekämpfung wir nur über das selten verwendete Mittel der Auferlegung von Ordnungsbussen verfügen, erklärt es sich, warum 104 Zivilberufungen auf das Jahr 1912 übertragen werden mussten und warum die im Monat Dezember bei der I. Abteilung eingegangenen Geschäfte erst auf die Tagesordnung vom Monat Juni 1912 gesetzt werden konnten.

Das revidierte Organisationsgesetz wird die Zahl der Zivilberufungen in gewissem Masse vermindern. Auch wird die durch das Gesetz geschaffene zweite Zivilkammer dazu beitragen, die Erledigung der rückständigen Geschäfte zu beschleunigen, da aller Voraussetzung nach in den ersten Monaten nach dem Inkrafttreten des schweizerischen Zivilgesetzbuches nicht viele dieses Gesetz betreffend Rekurse eingehen werden.

Verschiedenes.

Der Bundesrat und das Bundesgericht haben im Berichtsjahre zu verschiedenen Malen Fragen über die Ausscheidung und Abgrenzung ihrer Kompetenzen erörtert, wobei durchwegs Übereinstimmung der Ansichten erzielt wurde.

Ferner haben wiederholt Bundesbehörden, so der Bundesrat, das Justiz- und Polizeidepartement und das Finanzdepartement das Bundesgericht um Abgabe von Gutachten über verschiedene Fragen ersucht, so namentlich:

- über den Entwurf einer Vollziehungsverordnung des Bundesrates zum Bundesbeschluss über die Ausrichtung von Entschädigungen betreffend das Absinthverbot; —
- über die Expropriation von Waldboden und die Ersatzaufforstungspflicht im Falle von Waldausreutungen; —
- über die Gründung einer Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für das Personal der Bundesverwaltung; —
- über die Frage, ob die vor dem 1. Januar 1912 begründeten Eigentumsvorbehalte in die hierzu bestimmten Register einzutragen seien.

Die Gesamtzahl der Sitzungen beläuft sich im vergangenen Jahre auf 229 (gegenüber 244 im Jahre 1910). Diese 229 Sitzungen verteilen sich wie folgt:

| | |
|------------------------------|-----------|
| Plenum | 16 |
| I. Abteilung | 85 |
| II. „ | 72 |
| III. „ | 46 |
| Kassationshof | 5 |
| Bundesstrafgericht | 5 |
| | <hr/> |
| | Total 229 |

Statistik über die Erledigungen von 1907 bis 1911.

| Natur der Streitsachen | 1907 | | | 1908 | | | 1909 | | | 1910 | | | 1911 | | | Übertragungen auf 1912 |
|---|------------------------|--------------------|----------|------------------------|--------------------|----------|------------------------|--------------------|----------|------------------------|--------------------|----------|------------------------|--------------------|----------|---------------------------|
| | Von 1906 übertragen | Neu eingegangen | Erledigt | Von 1907 übertragen | Neu eingegangen | Erledigt | Von 1908 übertragen | Neu eingegangen | Erledigt | Von 1909 übertragen | Neu eingegangen | Erledigt | Von 1910 übertragen | Neu eingegangen | Erledigt | |
| <i>I. Zivilsachen:</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Erst- und letztinstanzlich zu beurteilende Zivil- sachen | 28 | 24 | 22 | 30 | 26 | 28 | 28 | 22 | 24 | 26 | 34 | 23 | 37 | 29 | 38 | 28 |
| 2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte . . . | 61 | 367 | 370 | 58 | 340 | 361 | 37 | 384 | 369 | 52 | 401 | 390 | 63 | 388 | 347 | 104 |
| 3. Andere Zivilsachen . . . | 2 | 7 | 7 | 2 | 18 | 19 | 1 | 14 | 15 | — | 8 | 8 | — | 7 | 6 | 1 |
| 4. Rekurse in Expropria- tionssachen | 229 | 559 | 533 | 255 | 702 | 599 | 358 | 343 | 448 | 253 | 793 | 412 | 634 | 565 | 687 | 512 |
| <i>II. Strafsachen</i> | 3 | 16 | 14 | 5 | 23 | 23 | 5 | 13 | 16 | 2 | 29 | 26 | 5 | 29 | 31 | 3 |
| <i>III. Staatsrechtliche Strei- tigkeiten</i> | 93 | 402 | 421 | 74 | 399 | 382 | 91 | 398 | 439 | 50 | 389 | 390 | 49 | 370 | 351 | 68 |
| <i>IV. Beschwerden betreffend das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen . . .</i> | 9 | 236 | 239 | 6 | 196 | 195 | 7 | 249 | 250 | 6 | 217 | 212 | 11 | 251 | 258 | 4 |
| <i>V. Freiwillige Gerichts- barkeit</i> | 1 | 2 | 2 | 1 | 5 | 4 | 2 | 6 | 6 | 2 | 3 | 2 | 3 | 4 | 5 | 2 |
| Total | 426 | 1613 | 1608 | 431 | 1709 | 1611 | 529 | 1429 | 1567 | 391 | 1874 | 1463 | 802 | 1643 | 1723 | 722 |

B. Spezieller Teil.

1. Zivilrechtspflege.

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1911 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

| Natur der Streitsache. | Übertragen aus dem Vorjahre. | Neu eingegangen. | Total. | Erledigt. | Auf 1912 übertragen. |
|--|------------------------------|------------------|--------|-----------|----------------------|
| 1. Erst- und letztinstanzlich zu beurteilende Streitsachen | 37 | 29 | 66 | 38 | 28 |
| 2. Berufungen gegen Urteile kantonalen Gerichte | 63 | 388 | 451 | 347 | 104 |
| 3. Revisionsbegehren | — | 5 | 5 | 4 | 1 |
| 4. Kassationsbegehren | — | 1 | 1 | 1 | — |
| 5. Moderationsbegehren | — | 1 | 1 | 1 | — |
| 6. Rekurse in Expropriationssachen | 634 | 565 | 1199 | 687 | 512 |
| | 734 | 989 | 1723 | 1078 | 645 |

Ad 1. Vom Bundesgericht als einzige Instanz zu beurteilende Zivilsachen.

Deren Spezifikation, sowie die Art der Erledigung ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

| Natur der Streitsache. | Rückzug der Klage oder Vergleich. | Nichteintreten wegen In- kompetenz etc. | Klage ganz oder teilweise gutgeheissen. | Klage abgewiesen. | Auf 1912 übertragen. | Total. |
|---|---|---|---|----------------------|-------------------------|--------|
| 1. Prozesse zwischen Korporationen oder Privaten als Klägern und dem Bund als Beklagten | 1 | — | 1 | — | 5 | 7 |
| 2. Prozesse zwischen Kantonen einerseits und Korporationen oder Privaten anderseits . . | 2 | 1 | 3 | 1 | 11 | 18 |
| 3. Bürgerrechtsstreitigkeiten zwischen Gemeinden verschiedener Kantone . . . | — | — | 1 | — | — | 1 |
| 4. Klagen aus Art. 23 des Bundesgesetzes über die Verbindlichkeit zur Abtretung von Privatreechten, vom 1. Mai 1850 | — | — | — | — | 3 | 3 |
| 5. Klagen aus Art. 47 des nämlichen Gesetzes | 1 | — | — | — | — | 1 |
| 6. Klage aus dem Bundesgesetz über die Verantwortlichkeit der eidgenössischen Behörden und Beamten, vom 9. Dezember 1850 | — | — | — | — | 1 | 1 |
| 7. Streitigkeiten zwischen einer in Zwangsliquidation befindlichen Eisenbahngesellschaft und ihren Gläubigern, Bundesgesetz vom 24. Juni 1874 | — | 2 | 2 | 2 | 2 | 8 |
| Übertrag | 4 | 3 | 7 | 3 | 22 | 39 |

| Natur der Streitsache. | Rückzug der Klage oder Vergleich. | Nichteintreten wegen In- kompetenz etc. | Klage ganz oder teilweise gutgeheissen. | Klage abgewiesen. | Auf 1912 übertragen. | Total. |
|---|---|---|---|----------------------|-------------------------|--------|
| Übertrag | 4 | 3 | 7 | 3 | 22 | 39 |
| 8. Entschädigungsfragen aus Art. 24 des Bundesgesetzes über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen, vom 23. Dezember 1872 | — | — | — | — | 1 | 1 |
| 9. Streitigkeiten aus dem Nebenbahngesetz, vom 21. Dezember 1899 | — | — | — | — | 1 | 1 |
| 10. Streitigkeiten aus dem Bundesgesetz über das Rechnungswesen der Eisenbahnen, vom 27. März 1896 | 19 | — | — | — | — | 19 |
| 11. Streitigkeiten aus Art. 12, al. 6, des Bundesgesetzes betreffend die Erwerbung und den Betrieb von Eisenbahnen für Rechnung des Bundes, vom 15. Oktober 1897. | 1 | — | — | — | 1 | 2 |
| 12. Klagen aus dem Bundesgesetz betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromleitungen, vom 24. Juni 1902 | — | — | — | — | 1 | 1 |
| 13. Prozesse, in welchen das Bundesgericht als vereinbarter Gerichtsstand angerufen wurde | 1 | — | — | — | 2 | 3 |
| Total | 25 | 3 | 7 | 3 | 28 | 66 |

Die sub Ziffern 1, 2 und 13 erledigten Geschäfte betrafen folgende Materien:

Ad 1. Beide Fälle Posthaftpflicht.

Ad 2. 4 Schadenersatz, 2 Fischereirecht, 1 Miete.

Ad 13. 1 Kauf.

Die beim Bundesgerichte als einziger Instanz anhängig gemachten Zivilsachen verteilen sich auf die Abteilungen und das Plenum folgendermassen:

| | I. Abteilung. | II. Abteilung. | Plenum. | Total. |
|----------------------------------|------------------|-------------------|---------|--------|
| Aus dem Jahre 1910 übertragen | 4 | 14 | 19 | 37 |
| Im Jahre 1911 eingegangen . . . | 13 | 11 | 5 | 29 |
| | <hr/> | | | |
| Total | 17 | 25 | 24 | 66 |
| Im Berichtsjahr erledigt | 5 | 9 | 24 | 38 |
| | <hr/> | | | |
| Auf 1912 übertragen | 12 | 16 | — | 28 |

Von den 28 nicht erledigten Fällen sind anhängig: 1 seit 1908, 3 seit 1909, 6 seit 1910, die übrigen 18 sind im Berichtsjahre eingegangen.

Ad 2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte.

Von den 347 erledigten Streitsachen betrafen durch das eidgenössische Recht geregelte Materien:

| | |
|---|----|
| Ehescheidung bezw. Ehegesprache | 26 |
| Eisenbahn- und Dampfschiffhaftpflicht | 20 |
| Fabrikhaftpflicht | 22 |

Obligationenrecht:

| | |
|------------------------------------|---|
| Simulation | 1 |
| Gegenstand des Vertrages | 1 |
| Vertragsfähigkeit | 2 |
| Schuldanererkennung | 2 |

| | | |
|----------|---|----|
| Übertrag | 6 | 68 |
|----------|---|----|

| | Übertrag | 6 | 68 |
|--|----------|----|-----|
| Vollmacht | | 3 | |
| Unerlaubte Handlungen | | 38 | |
| Ungerechtfertigte Bereicherung | | 3 | |
| Konkurrenzverbot | | 2 | |
| Subrogation | | 1 | |
| Versprechen der Leistung eines Dritten | | 1 | |
| Verrechnung | | 1 | |
| Konventionalstrafe | | 4 | |
| Abtretung | | 5 | |
| Eigentum | | 5 | |
| Kauf | | 37 | |
| Miete | | 11 | |
| Pacht | | 3 | |
| Darlehen | | 5 | |
| Dienstvertrag | | 19 | |
| Auslobung | | 1 | |
| Werkvertrag | | 7 | |
| Auftrag | | 4 | |
| Maklervertrag | | 3 | |
| Provisionsversprechen | | 1 | |
| Frachtvertrag | | 2 | |
| Hinterlegungsvertrag | | 1 | |
| Haftung des Gastwirthes | | 1 | |
| Spiel und Wette | | 2 | |
| Bürgschaft | | 14 | |
| Einfache Gesellschaft | | 9 | |
| Genossenschaft | | 4 | |
| Vereinsrecht | | 1 | |
| Firmenrecht | | 3 | |
| Wechselrecht | | 2 | |
| Unfallversicherung | | 5 | |
| Haftpflichtversicherung | | 1 | |
| | | | 205 |

Übertrag 273

| | | |
|--|----------|-----|
| | Übertrag | 273 |
| Musterrecht | | 1 |
| Markenrecht | | 2 |
| Patentrecht | | 7 |
| Urheberrecht | | 1 |
| Schuldbetreibungs- und Konkursrecht: | | |
| Anfechtungsklagen | | 16 |
| Andere Fälle | | 22 |
| | | 38 |
| Elektrische Schwach- und Starkstromanlagen | | 3 |
| Internationale Konventionen für Eisenbahntransport | | 1 |
| Durch das kantonale u. ausländische Recht geregelte Materien | | 21 |
| | | 347 |

Über die Art der Erledigung und die Herkunft der im Berichtsjahre behandelten Berufungen gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft:

| Kantone. | Nichteintreten. | Rückzug oder Vergleich. | Ganz oder teilweise gutgeheissen. | Abgewiesen. | Rückweisung an die kantonale Instanz. | Auf 1912 übertragen. | Total. |
|------------------------------|-----------------|----------------------------|---|-------------|---|-------------------------|--------|
| Aargau | 2 | 1 | 1 | 14 | 1 | 2 | 21 |
| Appenzell A.-Rh. | — | 1 | 1 | 1 | — | — | 3 |
| Baselland | 3 | — | 1 | 1 | — | 2 | 7 |
| Baselstadt | 4 | 4 | 3 | 9 | — | 8 | 28 |
| Bern (deutsch) | 3 | 5 | 5 | 21 | 1 | 4 | 39 |
| Bern (französisch) | 3 | 1 | — | 4 | — | 1 | 9 |
| Freiburg | 3 | 1 | 2 | 4 | 2 | 2 | 14 |
| Genf | 2 | 8 | 5 | 20 | — | 15 | 50 |
| Glarus | 2 | 1 | — | 2 | — | — | 5 |
| Graubünden | 5 | — | 2 | 5 | — | 3 | 15 |
| Luzern | 1 | 1 | 3 | 7 | — | 11 | 23 |
| Neuenburg | 1 | 2 | 4 | 16 | — | 5 | 28 |
| Nidwalden | — | — | — | 1 | — | — | 1 |
| Obwalden | — | — | 1 | — | — | — | 1 |
| Schaffhausen | — | 1 | — | 5 | — | 2 | 8 |
| Schwyz | — | — | 1 | — | — | 1 | 2 |
| Solothurn | 2 | — | 1 | 3 | — | — | 6 |
| St. Gallen | 2 | 5 | 3 | 10 | — | 4 | 24 |
| Tessin | 4 | 2 | — | 9 | — | 6 | 21 |
| Thurgau | 1 | 1 | 1 | 5 | 1 | 1 | 10 |
| Uri | — | — | 2 | 1 | — | — | 3 |
| Waadt | 4 | 4 | 3 | 7 | — | 3 | 21 |
| Wallis | 4 | 1 | 3 | 3 | — | 1 | 12 |
| Zug | — | — | 1 | 1 | — | 2 | 4 |
| Zürich | 9 | 13 | 8 | 34 | 1 | 31 | 96 |
| Total | 55 | 52 | 51. | 183 | 6 | 104 | 451 |

Die Gründe, aus welchen das Bundesgericht in 55 Fällen auf die Berufung nicht eingetreten ist, sind folgende:

In 25 Fällen war das Bundesgericht nicht kompetent, weil kantonales, bzw. fremdes Recht anwendbar war; in 5 Fällen mangelte es am gesetzlichen Streitwerte; in 10 Fällen war die Form des Rechtsmittels nicht gewahrt; in 10 Fällen ging die Berufung nicht gegen ein Haupturteil im Sinne des Organisationsgesetzes; in 3 Fällen handelte es sich nicht um ein im Berufungswege anfechtbares Zivilurteil, und bei 2 Geschäften war die Berufung verspätet.

Von den 51 Fällen, in welchen das kantonale Urteil ganz oder teilweise abgeändert wurde, betrafen:

- 3 Ehescheidung;
- 7 Eisenbahnpflicht;
- 3 Fabrikhaftpflicht;
- 26 Obligationenrecht (Subrogation 1, unerlaubte Handlungen 4, Konkurrenzverbot 2, Konventionalstrafe 2, Abtretung 1, Eigentum 1, Kauf 5, Miete 1, Dienstvertrag 1, Provisionsversprechen 1, Bürgschaft 2, Frachtvertrag 1, Haftung des Gastwirts 1, Genossenschaft 1, Wechselrecht 1, Unfallversicherung 1);
- 1 Markenrecht;
- 1 Musterrecht;
- 1 Patentrecht;
- 1 Urheberrecht;
- 7 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht;
- 1 Haftung aus dem Starkstromgesetz.

51

6 Geschäfte sind zur Aktenvervollständigung und zu neuer Entscheidung an die Vorinstanz zurückgewiesen worden.

Das schriftliche Verfahren kam in 58 Fällen zur Anwendung.

Die Berufungen verteilen sich folgendermassen auf die beiden Abteilungen:

| | I. Abteilung | II. Abteilung | Total |
|---------------------------------------|-----------------|------------------|------------|
| Aus dem Vorjahre übernommen | 58 | 5 | 63 |
| Neu eingegangen | 315 | 73 | 388 |
| | Total | 78 | 451 |
| Im Berichtsjahre erledigt | 275 | 72 | 347 |
| Auf 1912 übertragen | 98 | 6 | 104 |

Die 104 pendent gebliebenen Berufungen sind eingegangen: 1 im Jahre 1910, die andern im Berichtsjahre, und zwar: 2 im Monat Juni, 5 im Monat Juli, 13 im Monat August, 8 im Monat September, 13 im Monat Oktober, 21 im Monat November, die übrigen 41 im Monat Dezember.

Ad 3. Revisionsbegehren. Die 4 erledigten Revisionsbegehren waren bei der I. Abteilung anhängig und wurden abgewiesen.

Ad 4. Kassationsbegehren. Das einzige im Berichtsjahre eingegangene, von der I. Abteilung beurteilte Kassationsbegehren wurde abgewiesen.

Ad 5. Dem erwähnten Moderationsbegehren wurde entsprochen.

Ad 6. Rekurse in Expropriationssachen.

Die 687 erledigten Geschäfte verteilen sich folgendermassen auf die Exproprianten:

Bundesbahnen:

| | |
|---------------------|----|
| Kreis I | 4 |
| Kreis II | 40 |
| Kreis III | 29 |
| Kreis IV | 38 |
| Kreis V | 3 |

Eisenbahngesellschaften:

| | |
|---|----|
| Altstätten-Gais | 12 |
| Berner Alpenbahn | 9 |
| Berner Oberlandbahnen | 2 |
| Bern-Schwarzenburg | 2 |
| Bodensee-Toggenburg | 7 |
| Burgdorf-Thun | 2 |
| Chemins de fer électriques veveysans | 1 |
| Clarens-Chailly-Blonay | 8 |
| Furkabahn | 3 |
| Ligerz-Tessenberg | 1 |
| Lugano-Cadro-Sonvico | 1 |
| Lugano-Ponte-Tresa | 5 |
| Mittelthurgaubahn | 4 |
| Montreux-Berner Oberland | 7 |
| Montreux-Berner Oberland und Clarens-Chailly-Blonay | 1 |

Übertrag 179

| | | |
|--|----------|------------|
| | Übertrag | 179 |
| Montreux-Glion | | 2 |
| Porrentruy-Bonfol | | 1 |
| Rhätische Bahn | | 412 |
| Säntisbahn | | 2 |
| Seetalbahn | | 1 |
| Sierre-Montana-Veremala | | 46 |
| St. Galler Tramway | | 1 |
| Surentalbahh | | 1 |
| Elektrizitätswerke: | | |
| Altorf | | 20 |
| Baselland | | 1 |
| Bezau-Löntschi | | 9 |
| Gubler & C ^{ie} , Zürich | | 8 |
| Waffen- bzw. Schiessplätze: | | |
| Aristau | | 1 |
| Bern | | 1 |
| Frauenfeld | | 2 |
| | | <u>687</u> |
| Art der Erledigung: | | |
| Rückzug | | 32 |
| Vergleich | | 5 |
| Annahme des Urteilsantrages | | 609 |
| Urteil des Bundesgerichtes: | | |
| a. Nichteintreten | | 2 |
| b. Bestätigung des Urteilsantrages | | 34 |
| c. Begründeterklärung eines Revisionsbegehrens | | 1 |
| d. Abweisung eines Erläuterungsbegehrens | | 1 |
| e. Beschwerden gegen eidgenössische Schät- zungskommissionen: | | |
| 1. Nichteintreten | | 1 |
| 2. Begründeterklärung | | 1 |
| 3. Abweisung | | 1 |
| | | <u>3</u> |
| | | <u>41</u> |
| | | <u>687</u> |

Von den auf 1912 übertragenen 512 Fällen stammen: 1 aus dem Jahre 1908, 14 aus dem Jahre 1910; die übrigen 497 sind im Berichtsjahre eingegangen (45 in der ersten, 452 in der zweiten Hälfte).

II. Strafrechtspflege.

a. Bundesstrafgericht.

Beim Bundesstrafgericht sind während des Berichtsjahres fünf Fälle anhängig gemacht und erledigt worden (im Vorjahre einer).

Der erste Fall betraf eine Anklage wegen öffentlicher Beschimpfung oder Verleumdung von Bundesbeamten (Art. 59 BStR); er endigte mit der Verurteilung der beiden Angeklagten zu Geldbussen, zur Bezahlung der Kosten und einer Entschädigung an die Zivilpartei. Das Urteil ist rechtskräftig geworden. — Die vier andern Fälle bezogen sich auf Übertretungen des Zollgesetzes, begangen: einer im Kanton Wallis, zwei im Kanton Genf und die vierte im Kanton Waadt. Bei allen vier Übertretungen handelte es sich um den Versuch, Wein aus Italien oder Savoyen als „Naturwein“ in die Schweiz einzuführen, zum Zwecke, einen billigeren Zollansatz zu erzielen, während die betreffenden Sendungen von der Zollverwaltung als „Kunstwein“ taxiert und behandelt wurden. Während der erste der genannten vier Fälle unmittelbar vor der Hauptverhandlung, infolge Unterziehung der Angeklagten, gegenstandslos wurde, und im letzten Falle das Gericht den Angeklagten mangels eines rechtsgenügenden Beweises von Strafe freisprach, führte in den beiden Fällen von Genf die Anklage der Bundesanwaltschaft zu einer Bestrafung der Angeklagten. Die gegen diese Urteile erhobenen Kassationsbeschwerden hat der Kassationshof des Bundesgerichts als unbegründet abgewiesen.

b. Kassationshof.

Beim Kassationshof waren anhängig 29 Geschäfte (30 im Vorjahr), nämlich:

| | |
|--|-----------|
| vom Vorjahr übernommene | 5 |
| im Berichtsjahr eingegangene | 24 |
| | <u>29</u> |

Davon wurden erledigt:

| | |
|--|-----------|
| durch Gutheissung der Kassationsbeschwerde | 6 |
| durch Abweisung | 13 |
| durch Nichteintreten, wegen Nichtbeachtung der gesetzlichen Formvorschriften oder wegen Unzulässigkeit des Rechtsmittels | 6 |
| durch Rückzug der Kassationsbeschwerde | 1 |
| | <u>26</u> |

Als pendent auf 1912 wurden übertragen 3

Von den 6 begründet erklärten Beschwerden richteten sich 2 gegen kantonale Urteile, die eine Strafe ausgesprochen hatten, 4 gegen freisprechende Urteile.

Von den 26 erledigten Geschäften bezogen sich auf:

| | |
|---|-------|
| das Bundesgesetz betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen (Lebensmittelpolizeigesetz) | 6 |
| „ „ betreffend die Erfindungspatente | 6 |
| „ „ über das Bundesstrafrecht (fahrlässige Eisenbahn- und Tramgefahrnung, Fälschung von Bundesakten etc.) | 4 |
| „ „ über das Zollwesen | 3 |
| „ „ über Jagd und Vogelschutz | 2 |
| „ „ über Handhabung der Bahnpolizei | 1 |
| „ „ über die Patenttaxen der Handelsreisenden | 1 |
| „ „ über Schuldbetreibung und Konkurs | 1 |
| „ „ betreffend polizeiliche Massregeln gegen Viehseuchen | 1 |
| „ „ betreffend den Schutz gewerblicher Muster und Modelle | 1 |
| | <hr/> |
| | 26 |

Sie gingen ein aus folgenden Kantonen:

| | |
|----------------------|-------|
| Baselstadt | 1 |
| Bern | 3 |
| Freiburg | 2 |
| Genf | 2 |
| Graubünden | 2 |
| Neuenburg | 2 |
| Obwalden | 1 |
| Solothurn | 2 |
| Tessin | 2 |
| Thurgau | 1 |
| Waadt | 3 |
| Zürich | 5 |
| | <hr/> |
| | 26 |

III. Staatsrechtspflege.

Die im Jahre 1911 beim Bundesgerichte anhängig gewesenen staatsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich ihrer Natur nach wie folgt:

| Natur der Streitsache | Übertragen aus dem Vorjahre | Neu eingegangen | Total | Erledigt | Auf 1912 übertragen |
|--|-----------------------------|-----------------|-------|----------|---------------------|
| 1. Streitigkeiten zwischen Kantonen | 1 | 3 | 4 | 3 | 1 |
| 2. Auslieferungen ans Ausland | — | 3 | 3 | 3 | — |
| 3. Beschwerden von Privaten und Korporationen | 48 | 360 | 408 | 341 | 67 |
| 4. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren | — | 4 | 4 | 4 | — |
| | 49 | 370 | 419 | 351 | 68 |

Von den 68 auf 1912 übertragenen Geschäften rührt 1 aus dem Jahre 1907, 2 stammen aus dem Jahre 1909, 2 aus dem Jahre 1910 und die übrigen 63 aus dem Berichtsjahre her. Die letztern gingen ein: 2 im Januar, 1 im März, 2 im Juni, 3 im Juli, 2 im August, 1 im September, 6 im Oktober, 11 im November und 35 im Dezember.

Ad 1. Streitigkeiten zwischen Kantonen. Die im Berichtsjahre erledigten 4 Fälle betrafen: 2 eine Streitsache zwischen den Regierungen der Kantone Schwyz und Uri aus dem Bundesgesetze über die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter, der dritte eine solche zwischen den Kantonsregierungen von Thurgau und Luzern aus dem nämlichen Gesetz, der vierte einen Anstand zwischen den Kantonen Schwyz und Luzern, herrührend aus Art. 45 der Bundesverfassung (Übernahme verarmter Kantonsangehöriger durch den Heimatkanton).

Ad 2. Auslieferungen an das Ausland. Begehren um Auslieferung wurden gestellt: zwei von Deutschland, eines von Italien. Den beiden erstern wurde entsprochen, da es sich um Delikte handelte, für welche im Staatsvertrag die Auslieferung vereinbart ist (Unterschlagung oder „Untreue“ im Sinne des deutschen St. G. B. und Betrug verbunden mit Fälschung). Die von Italien verlangte Auslieferung eines seiner Staatsangehörigen,

der unzüchtiger Handlungen, begangen an Minderjährigen, beschuldigt und bereits hierfür verurteilt worden war, wurde als gegenstandslos abgeschrieben, nachdem die italienische Gesandtschaft unmittelbar vor der bundesgerichtlichen Verhandlung das Auslieferungsbegehren zurückgezogen hatte.

Ad 3. Beschwerden von Privaten und Korporationen gegen kantonale Verfügungen und Erlasse (Art. 175³ OG). Nach der Natur der als verletzt behaupteten verfassungsmässigen Rechte verteilen sich die im Berichtsjahre erledigten 341 Beschwerden wie folgt:

| | | |
|----|---|-------|
| a. | Verletzung der Bundesverfassung | 274 |
| b. | „ von Kantonsverfassungen | 37 |
| c. | „ von Bundesgesetzen | 21 |
| d. | „ von Staatsverträgen | 9 |
| | | <hr/> |
| | | 341 |

Ad a. Die 274 Beschwerden wegen Verletzung der Bundesverfassung betrafen folgende Bestimmungen derselben:

| | | |
|---------|--|-------|
| Art. 3 | (Souveränität der Kantone) | 1 |
| „ 4 | (Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, Rechtsverweigerung, Willkür usw.) | 206 |
| „ 31 | (Handels- und Gewerbefreiheit) | 4 |
| „ 43 | (Wahlen und Abstimmungen) | 2 |
| „ 44/45 | (Niederlassungsfreiheit, persönliche Freiheit) | 7 |
| „ 46 | (Verbot der Doppelbesteuerung) | 22 |
| „ 49 | (Glaubens- und Gewissensfreiheit, Kultussteuern, religiöse Erziehung der Kinder) | 3 |
| „ 55 | (Pressfreiheit) | 3 |
| „ 58/59 | (Verfassungsmässiger Richter, Gerichtsstand) | 18 |
| „ 60 | (Pflicht der Kantone, alle Schweizerbürger den Bürgern des eigenen Kantons gleich zu halten) | 1 |
| „ 61 | (Vollziehung rechtskräftiger Zivilurteile) | 1 |
| „ 2 | der Übergangsbestimmungen (derogatorische Kraft des Bundesrechts) | 4 |
| „ 5 | der Übergangsbestimmungen (Freizügigkeit wissenschaftlicher Berufsarten) | 2 |
| | | <hr/> |
| | | 274 |

Ad b. Die 37 Beschwerden wegen behaupteter Verletzung kantonalen Verfassungsrechts bezogen sich in der Hauptsache auf angebliche Missachtung oder unzulässige Beschränkung der Eigentumsgarantie, der Verletzung des Grundsatzes der Gewaltentrennung und des Rechts der Gemeinden auf Selbstverwaltung.

Ad c. Von den 21 Beschwerden wegen Verletzung von Bundesgesetzen betrafen:

| | |
|--|-------|
| das Bundesgesetz über die persönliche Handlungsfähigkeit | 7 |
| „ „ betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter . | 6 |
| „ „ über die Auslieferung von Verbrechern und Angeschuldigten von Kanton zu Kanton . | 2 |
| „ „ über Schuldbetreibung und Konkurs . . | 2 |
| „ „ über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen | 2 |
| „ „ betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmungen . . | 1 |
| „ „ über die Auslieferung gegenüber dem Ausland | 1 |
| | <hr/> |
| | 21 |
| | <hr/> |

Ad d. Von den 9 Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen betrafen:

| | |
|--|-------|
| den Gerichtsstandsvertrag mit Frankreich | 4 |
| die internationale Übereinkunft betreffend Zivilprozessrecht (Haager Konvention) | 3 |
| den Niederlassungsvertrag mit Frankreich vom 23. Febr. 1882 | 1 |
| den Auslieferungsvertrag mit Frankreich | 1 |
| | <hr/> |
| | 9 |
| | <hr/> |

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Herkunft der Beschwerden von Privaten und Korporationen, nach Kantonen geordnet, und die Art ihrer Erledigung ersichtlich.

| Kantone | Nichteintreten | Rückzug oder gegenstandslos | Gutgeheissen oder anerkannt | Abgewiesen | Auf 1911 übertragen | Total |
|-------------------------------------|----------------|-----------------------------|-----------------------------|------------|---------------------|-------|
| Aargau | 8 | 1 | 1 | 14 | 2 | 26 |
| Appenzell A.-Rh. | — | 1 | 2 | 3 | — | 6 |
| Appenzell I.-Rh. | 1 | — | — | 3 | 2 | 6 |
| Baselland | — | — | — | 5 | 1 | 6 |
| Baselstadt | 1 | 4 | — | 4 | — | 9 |
| Bern (deutscher Teil) | 5 | 4 | 2 | 26 | 9 | 46 |
| Bern (franz. Teil) | 1 | — | 1 | 1 | 1 | 4 |
| Freiburg (franz. Teil) | 3 | 1 | 4 | 7 | 4 | 19 |
| Freiburg (deutscher Teil) | — | — | 1 | — | 4 | 5 |
| Genf | 3 | — | 4 | 3 | 9 | 19 |
| Glarus | — | — | — | 2 | 2 | 4 |
| Graubünden | 1 | 1 | 1 | 5 | 3 | 11 |
| Luzern | 2 | 5 | 1 | 23 | 6 | 37 |
| Neuenburg | 1 | 2 | — | 5 | 1 | 9 |
| Schaffhausen | — | 1 | — | 1 | — | 2 |
| Schwyz | — | — | 1 | 9 | 1 | 11 |
| Solothurn | 4 | 1 | 1 | 5 | — | 11 |
| St. Gallen | — | — | 4 | 6 | 1 | 11 |
| Tessin | 4 | 1 | 3 | 42 | 6 | 56 |
| Thurgau | 2 | 1 | 1 | 12 | 1 | 17 |
| Unterwalden n. d. W. | — | — | — | 2 | 1 | 3 |
| Unterwalden o. d. W. | 2 | 1 | — | 3 | 1 | 7 |
| Uri | 1 | — | — | 2 | 3 | 6 |
| Waadt | 2 | — | 4 | 14 | 3 | 23 |
| Wallis (franz. Teil) | 2 | 1 | 3 | 9 | 3 | 18 |
| Wallis (deutscher Teil) | 1 | — | — | 3 | — | 4 |
| Zug | — | 1 | 1 | 5 | — | 7 |
| Zürich | 6 | 1 | 4 | 10 | 3 | 24 |
| Bundesrat | 1 | — | — | — | — | 1 |
| Total | 51 | 27 | 39 | 224 | 67 | 408 |

In den 51 Fällen, in denen auf die Beschwerde nicht eingetreten wurde, waren die Gründe des Nichteintretens folgende:

| | |
|--|-------|
| Inkompetenz | 15 |
| Unzulässigkeit der staatsrechtlichen Beschwerde | 9 |
| Nichterschöpfung der kantonalen Instanzen | 8 |
| Nichtsubstanziierung oder ungenügende Substanziierung der Beschwerde | 7 |
| Verspätung | 5 |
| Mangel der Legitimation | 2 |
| Gegenstandslosigkeit | 1 |
| Andere Formmängel | 4 |
| | <hr/> |
| | 51 |

Nach der Natur der Streitsache bezogen sich die 39 begründet erklärten Beschwerden auf:

| | |
|--|-------|
| Art. 4 der Bundesverfassung (Rechtsverweigerung) | 13 |
| „ 44/45 „ „ (Niederlassungsfreiheit, Verweigerung von Ausweisschriften) | 3 |
| „ 46 „ „ (Doppelbesteuerung) | 10 |
| „ 49/50 „ „ (Glaubens- und Gewissensfreiheit; religiöse Erziehung der Kinder) | 1 |
| „ 55 „ „ (Pressfreiheit) | 2 |
| „ 58/59 „ „ (Gerichtsstand; verfassungsmässiger Richter) | 5 |
| „ 5 der Übergangsbestimmungen (Freizügigkeit wissenschaftlicher Berufsarten) | 1 |
| Verletzung von Kantonsverfassungen (Gemeindeautonomie) | 1 |
| „ des Bundesgesetzes betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthaltler | 1 |
| „ der internationalen Übereinkunft betreffend Zivilprozessrecht (Haager Konvention) | 1 |
| „ des Gerichtsstandsvertrages mit Frankreich | 1 |
| | <hr/> |
| | 39 |

In 112 Fällen, in denen die Anhebung oder Veranlassung des Streites oder die Art der Prozessführung es rechtfertigten (Art. 221, Abs. 2 OG), wurde eine Gerichtsgebühr bezogen.

Überdies wurden in mehreren Fällen wegen mutwilliger Prozessführung oder wegen Verletzung des durch die gute Sitte gebotenen Anstandes (Art. 39 OG) gegenüber Parteien und deren Vertretern Verweise und Ordnungsbussen ausgesprochen.

Gesuche um Erlass von provisorischen Verfügungen im Sinne von Art. 185 OG gingen ein 84, wovon 35 bewilligt und 42 abgewiesen wurden; auf 6 Gesuche wurde nicht eingetreten, 1 wurde als gegenstandslos abgeschrieben. 9 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungs-austausch mit dem Bundesrat über die Kompetenzfrage gemäss Art. 194 des Organis. Ges.

Ad 4. Revisionsbegehren gegen bundesgerichtliche Urteile wurden eingereicht 2; sie wurden beide als unbegründet abgewiesen.

Zwei Anwälte, deren Kostennote von ihren Klienten der Höhe nach bestritten worden war, ersuchten um Feststellung ihrer Honorarforderung durch das Bundesgericht. Wir haben, nach Einholung der Vernehmlassungen der Klienten in beiden Fällen die Rechnung der betreffenden Anwälte teilweise moderiert.

IV. Oberaufsicht über das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen.

Im Berichtsjahr haben keine Inspektionen von Konkursämtern stattgefunden. Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer beschloss, mit der Vornahme weiterer Inspektionen bis nach Inkrafttreten der Verordnung über die Geschäftsführung der Konkursämter zuzuwarten. Diese Verordnung ist nach erfolgter zweiter Beratung durch eine erweiterte Kommission, bestehend aus den Mitgliedern der Kammer, dem Verfasser des Vorentwurfes (Notariatsinspektor Dr. Leemann in Zürich), zwei im Amt stehenden Konkursbeamten und sonstigen Sachverständigen, am 13. Juli 1911 erlassen worden und am 1. Januar 1912 in Kraft getreten. Bezüglich des Inhalts erlauben wir uns, auf die Angaben im letztjährigen Geschäftsbericht zu verweisen.

Die Kammer richtete in Anlehnung an Beschwerdeentscheide zwei Kreisschreiben von allgemeiner Bedeutung an die kantonalen Aufsichtsbehörden. Beide sind im Bundesblatt Bd. III S. 514 ff. und 604 ff., sowie in der Separatausgabe der betreibungs-

und konkursrechtlichen Entscheidungen Bd. 14 S. 130 ff. abgedruckt. Ferner sind sämtliche seit Inkrafttreten des Betreibungsgesetzes von der Oberaufsichtsbehörde an die kantonalen Aufsichtsbehörden erlassene Kreisschreiben einer Revision unterworfen und diejenigen, denen noch allgemeine Bedeutung zukommt, zu einer kleinen Sammlung vereinigt worden, die im Bundesblatt veröffentlicht wurde (Bd. IV S. 37 ff.).

Auf Veranlassung der Kammer und im Einvernehmen mit dem schweizerischen Justiz- und Polizeidepartement ist sodann auf Anfang des Jahres 1912 eine Sammlung aller eidgenössischer Erlasse über Schuldbetreibung und Konkurs im Verlag des Art. Institutes Orell Füssli in Zürich erschienen. Sie umfasst das Bundesgesetz von 1889, in der durch das Zivilgesetzbuch abgeänderten Fassung, sowie sämtliche Ausführungsvorschriften des Bundesrates und des Bundesgerichtes (Gebührentarif, Verordnungen, Kreisschreibensammlung), Stand auf 1. Januar 1912, nebst einem Auszug aus der Postordnung und einem ausführlichen alphabetischen Sachregister. Dank einer Bundessubvention kann die Sammlung, die in den drei Nationalsprachen herausgegeben wird, an die Betreibungs- und Konkursämter und an die Aufsichtsbehörden zu einem bedeutend ermäßigten Preise abgegeben werden.

Es wurden mehrere Anfragen kantonalen Aufsichtsbehörden über die Auslegung des Gebührentarifs und sonstiger Verordnungsvorschriften beantwortet und Weisungen an diese Behörden erteilt. Die Anfrage einer Aufsichtsbehörde, in welcher Weise angesichts des Verbotes des Absinthverkaufes die Verwertung von gepfändetem Absinth stattzufinden habe, wurde nach Einholung der Meinungsäusserung des Bundesrates dahin beantwortet, dass der Absinth an die eidgenössische Alkoholverwaltung zu verkaufen sei, mit der Verpflichtung, ihn zu denaturieren. Dieser Verwertungsmodus sei der einzig mögliche und zweckmässige. Und formell rechtfertige er sich von der Erwägung aus, dass Art. 32ter B. V. den Absinth dem Geschäftsverkehr entzogen und damit die Bestimmungen des Betreibungsgesetzes über die Versteigerung in diesem Punkte ausser Kraft gesetzt habe.

Das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement hat der Kammer die Entwürfe zu den neuen Einführungsgesetzen der Kantone Tessin, St. Gallen und Zürich zur Vernehmlassung

unterbreitet. Ferner hat sich die Kammer über den Entwurf der bundesrätlichen Verordnung über die Viehverpfändung gutachtlich geäußert, mit Rücksicht auf die zahlreichen Berührungspunkte dieser Verordnung mit derjenigen über die Eintragung der Eigentumsvorbehalte (vergl. Geschäftsbericht pro 1910 S. 25). Im Einverständnis mit dem Justizdepartement wurden die kantonalen Aufsichtsbehörden durch Kreisschreiben (s. Sammlung No. 16) darauf aufmerksam gemacht, dass die Mitteilung der Eintragungen im Viehverschreibungsprotokoll an das Betreibungsamt für letzteres keine Verpflichtungen begründe.

Endlich regte die Kammer aus Anlass eines Spezialfalles beim schweizerischen Justiz- und Polizeidepartement zuhanden des Bundesrates eine Revision des Gebührentarifes im Sinn einer Verallgemeinerung der Bestimmung des Art. 4 über die Zulässigkeit eines Portozuschlages an. Der Bundesrat pflichtete der Auffassung der Kammer bei und erliess am 14. Dezember 1911 einen entsprechenden Revisionsbeschluss.

Der Umsatz der Betreibungsformularverwaltung hat infolge Vermehrung der Formulare und Register einerseits und der Anzahl der Betreibungen andererseits erheblich zugenommen. Ausser dem amtlichen Register über die Eintragung der Eigentumsvorbehalte und dem Formular für die Auszüge aus dem Register wurde im Berichtsjahr die Lieferung folgender Konkursformulare neu übernommen: Konkursverzeichnis, Inventar, Eingabenverzeichnis, Kollokationsplan, Massarechtsabtretung, Anzeige über die Auflegung der Verteilungsliste, Anzeige an den Güterrechtsregisterführer über die Ausstellung von Verlustscheinen. Die Herstellung der weiteren, durch die Konkursverordnung vorgeschriebenen Formulare und Bücher wurde den Kantonen überlassen.

Mit dem auf Ende des Berichtsjahres im Druck erschienenen Jahrgang 1904 der eidgenössischen Betreibungsstatistik haben diese Publikationen nunmehr ihren Abschluss gefunden. Sie umfassen einen Zeitraum von acht Jahren (1897—1904) und sind durch Beschluss des Bundesgerichts vom 23. April 1906 eingestellt worden (vergl. Geschäftsbericht pro 1906 S. 21).

Die Gesamtzahl der im Berichtsjahr anhängigen Rekurse betrug 262 (d. h. 39 mehr als im Vorjahr); davon waren aus dem Vorjahr übernommen 11, im Laufe des Jahres eingegangen 251. Erledigt wurden 258, so dass auf das Jahr 1912 übertragen wurden 4 Fälle.

Von den erledigten Beschwerden betrafen:

- 4 Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung;
- 3 Rechtsstillstand;
- 1 Betreibungsbegehren;
- 3 Zahlungsbefehl;
- 6 Zustellung der Betreibungsurkunden;
- 5 den Ort der Betreibung;
- 5 Rechtsvorschlag;
- 3 Rechtsöffnung;
- 1 Wechselbetreibung;
- 2 Betreibung auf Pfandverwertung;
- 1 Arrestbetreibung;
- 4 Nichtigkeit der Betreibung;
- 4 Aufhebung der Betreibung;
- 1 Einstellung der Betreibung;
- 2 Konkursandrohung;
- 10 Fortsetzung der Betreibung;
- 1 Pfändungsankündigung;
- 1 Pfändungsverfahren;
- 1 Zwangsverwaltung;
- 48 Pfändung und pfändbare Gegenstände;
- 32 Lohnpfändung;
- 4 Pfändung von Nutzniessungen, Renten und Pensionen;
- 1 Anschlusspfändung;
- 2 Nachpfändung;
- 4 amtliche Verwahrung;
- 1 Retentionsverfahren;
- 13 Eigentums- oder Pfandrechtsansprachen im Pfändungsverfahren;
- 5 Eigentumsansprachen im Konkurs;
- 1 Steigerungsanzeige;
- 2 Verwertungsverfahren;
- 1 Aufschub;
- 4 Lastenverzeichnis;
- 10 Verwertung beweglicher Sachen oder Forderungen;
- 1 Steigerungsbedingungen;
- 1 Freihandverkauf;

188 Übertrag :

- 6 Verwertung von Liegenschaften;
- 1 Admassierung im Konkurs;
- 2 Verwertung im Konkurs;
- 7 Kollokation und Verteilung im Pfändungsverfahren;
- 10 Kollokation und Verteilung im Konkurs;
- 7 Konkursverfahren;
- 4 Beschlüsse der Gläubigerversammlung;
- 1 Vertretungskosten im Konkurs;
- 2 Abtretung von Massarechten nach Art. 260 SchKG;
- 6 Arrestbefehl und Arrestvollzug;
- 1 Arrestaufhebungsklage;
- 3 Verlustschein;
- 8 Gebühren im Betreibungs- und Konkursverfahren;
- 4 Zahlungspflicht des Betreibungsamtes;
- 1 Disziplinarische Massnahmen;
- 6 Revision;
- 1 Ehrenfolgen.

258

Über die Verteilung der Geschäfte nach Kantonen und über das Schicksal der Beschwerden gibt folgende Tabelle Auskunft.

| Kantone | Nichteintreten | Rückzug oder Gegenstandslosigkeit | Begründet erklärt | Abgewiesen | Auf 1912 übertragen | Total |
|-------------------------------------|----------------|-----------------------------------|-------------------|------------|---------------------|-------|
| Aargau | 3 | — | 1 | 9 | 1 | 14 |
| Appenzell A.-Rh. | 1 | — | 2 | 1 | — | 4 |
| Appenzell I.-Rh. | — | — | — | — | — | — |
| Baselland | 1 | — | — | 1 | — | 2 |
| Baselstadt | 2 | — | 6 | 9 | 1 | 18 |
| Bern (deutscher Teil) | 7 | — | 2 | 11 | 1 | 21 |
| Bern (französischer Teil) | — | — | — | 3 | — | 3 |
| Freiburg | 1 | — | 3 | 6 | — | 10 |
| Genf | 1 | 1 | 3 | 9 | — | 14 |
| Glarus | 1 | — | — | — | — | 1 |
| Graubünden | 4 | 1 | 1 | 3 | — | 9 |
| Luzern | 5 | 1 | 2 | 12 | — | 20 |
| Neuenburg | 1 | — | 2 | 3 | — | 6 |
| Nidwalden | 1 | — | — | — | — | 1 |
| Obwalden | — | — | — | — | — | — |
| Schaffhausen | 1 | — | — | — | — | 1 |
| Schwyz | 1 | 1 | 1 | — | — | 3 |
| Solothurn | 2 | — | 3 | 2 | — | 7 |
| St. Gallen | 1 | — | 3 | 9 | — | 13 |
| Tessin | 2 | 1 | 14 | 25 | — | 42 |
| Thurgau | 1 | — | 2 | 3 | — | 6 |
| Uri | 2 | — | 3 | 3 | — | 8 |
| Waadt | 2 | — | 7 | 10 | — | 19 |
| Wallis | 1 | — | — | — | — | 1 |
| Zug | — | — | 1 | — | — | 1 |
| Zürich | 4 | 1 | 11 | 21 | 1 | 38 |
| Total | 45 | 6 | 67 | 140 | 4 | 262 |

Die Gründe, aus denen die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer in 45 Fällen auf die Beschwerde nicht eintrat, waren: in 1 Fall Nichteinhaltung des Instanzenzuges, in 11 Fällen Inkompetenz der Oberaufsichtsbehörde, in 4 Fällen mangelnde Substanziierung der Beschwerde, in 4 Fällen Nichteinsendung des angefochtenen Entscheides, in 11 Fällen Verspätung der Beschwerde, in 2 Fällen mangelnde Legitimation zur Beschwerdeführung, in 9 Fällen direkte Einreichung der Beschwerde beim Bundesgericht, in 2 Fällen Nichtunterzeichnung der Beschwerdeschrift und in 1 Fall Mangel eines Revisionsgrundes.

Die 67 begründet erklärten Beschwerden betrafen folgende Gegenstände:

- 1 amtliche Verwahrung,
- 1 Arrestbetreibung,
- 4 Aufhebung bezw. Nichtigkeit der Betreibung,
- 1 Betreibungsbegehren,
- 1 disziplinarische Massnahmen,
- 1 Ergänzungspfändung,
- 3 Fortsetzung der Betreibung,
- 2 Gebühren des Betreibungsamtes,
- 2 Kollokation im Konkursverfahren,
- 10 Kompetenzstücke,
- 1 Konkursandrohung,
- 1 Kosten im Konkursverfahren,
- 3 Lastenverzeichnis,
- 9 Lohnpfändung,
- 1 Nachpfändung,
- 1 Ort der Betreibung,
- 4 Pfändung,
- 1 Pfändung eines Niessbrauches,
- 1 Pfändungsankündigung,
- 1 Rechtsverweigerung,
- 2 Rechtsvorschlag,
- 1 Revision,
- 1 Steigerung einer Hypothekarforderung,
- 4 Verteilung im Konkurs,
- 1 Verteilung im Pfändungsverfahren,
- 1 Verwertung beweglicher Sachen,
- 1 Wechselbetreibung,
- 5 Widerspruchsverfahren,
- 1 Zahlungspflicht des Amtes,
- 1 Zustellung der Betreibungsurkunden.

| | | |
|--|----|------------------|
| Gesuche um provisorische Verfügungen wurden gestellt | 30 | |
| davon bewilligt | 16 | } 28 Verfügungen |
| abgewiesen | 12 | |
| wegen Erledigung der Sache keine Verfügung erlassen | | 2 |
| | | <u>30</u> |

Auf dem Korrespondenzweg erledigte Geschäfte:

| | | |
|---------------------|------------|--------------|
| | | (im Vorjahr) |
| Kammer | 91 | 40 |
| Präsidium | 90 | 34 |
| Kanzlei | 214 | 142 |
| Total | <u>395</u> | <u>216</u> |

V. Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Die im letztjährigen Bericht ausgesprochene Erwartung, dass der Schluss des Zwangsliquidationsverfahrens gegen die Eisenbahngesellschaft Saignelégier-Glovelier bevorstehe, hat sich nicht erfüllt, da der Schlussbericht des Massaverwalters erst im Laufe des Sommers 1911 erhältlich war. Dieser Bericht wurde, wie in frühern Fällen, einem Sachverständigen zur Prüfung unterbreitet. Dessen Gutachten steht noch aus, und es konnte deshalb die Liquidation auf Ende des Berichtsjahres nicht geschlossen werden.

Im Zwangsliquidationsverfahren gegen die linksufrige Vierwaldstätterseebahn ist der Kollokationsplan aufgelegt worden; das weitere Verfahren erlitt aber eine Verzögerung wegen drei Prozessen, deren einer vom Massaverwalter vor den bernischen Gerichten, die zwei andern von Gläubigern vor Bundesgericht eingeleitet worden sind.

In vier schiedsgerichtlich zu erledigenden Streitigkeiten wurde der Präsident des Bundesgerichts von den betreffenden Parteien ersucht, Schiedsrichter beziehungsweise Obmänner von Schiedsgerichten zu bezeichnen.

| Natur der Streitsachen | Gesamtzahl der erledigten Geschäfte | Dauer der Geschäfte | | | | | | Grösste Dauer | | | Mittlere Dauer | | Dauer von der Erledigung bis zur Zustellung des Urteils bezw. Beschlusses |
|--|---|------------------------|----------------|----------------|------------------------|---------------|------------------|---------------|--------|------|-------------------|------|---|
| | | 1 Monat (= 30 Tage) | 1 bis 3 Monate | 3 bis 6 Monate | 6 Monate bis 1 Jahr | 1 bis 2 Jahre | Mehr als 2 Jahre | Jahre | Monate | Tage | Monate | Tage | |
| <i>I. Zivilsachen:</i> | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Erst- und letztinstanzliche Prozesse | 38 | 4 | 4 | 2 | 22 | 5 | 1 | 3 | 7 | 15 | 10 | 6 | 21 |
| 2. Berufungen | 347 | 56 | 131 | 152 | 8 | — | — | — | 10 | 27 | 3 | — | 42 |
| 3. Andere Zivilsachen | 6 | 1 | 2 | 2 | 1 | — | — | — | 6 | 26 | 2 | 29 | 39 |
| 4. Expropriationen | 687 | 10 | 13 | 43 | 246 | 375 | — | 1 | 10 | 22 | 10 | 29 | 18 |
| <i>II. Strafsachen</i> | 31 | 4 | 22 | 4 | 1 | — | — | — | 6 | 19 | 2 | 2 | 37 |
| <i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i> | 351 | 88 | 178 | 62 | 15 | 6 | 2 | *3 | 11 | 6 | 2 | 21 | 59 |
| <i>IV. Beschwerden betr. Schuld- betreibungs- und Konkurs- wesen</i> | 258 | 221 | 36 | 1 | — | — | — | — | 5 | 15 | — | 15 | 30 |
| <i>V. Freiwillige Gerichtsbarkeit</i> | 5 | 4 | — | — | — | 1 | — | 1 | — | 27 | 2 | 21 | 4 |
| Total | 1723 | 384 | 386 | 266 | 293 | 386 | 3 | | | | | | |

* Betrifft eine Streitigkeit, in welcher gleichzeitig neben dem Rekurs ans Bundesgericht auch ein solcher beim Bundesrat anhängig war und die, da dem Bundesrat die Priorität zukam, bis zur Erledigung durch diese Behörde beim Bundesgericht sistiert worden ist.

Nach den Nationalsprachen verteilen sich die erledigten Geschäfte wie folgt:

| | Deutsche Schweiz | Französische Schweiz | Italienische Schweiz | Total |
|---|------------------|----------------------|----------------------|--------------|
| <i>I. Zivilsachen:</i> | | | | |
| 1. Erst- und letztinstanzliche Prozesse | 29 = 76 % | 7 = 19 % | 2 = 5 % | 38 = 100 % |
| 2. Berufungen | 226 = 65 % | 106 = 31 % | 15 = 4 % | 347 = 100 % |
| 3. Andere Zivilsachen | 5 = 83 % | 1 = 17 % | — | 6 = 100 % |
| 4. Expropriationen | 617 = 90 % | 62 = 9 % | 8 = 1 % | 687 = 100 % |
| <i>II. Strafsachen</i> | 16 = 51 % | 12 = 39 % | 3 = 10 % | 31 = 100 % |
| <i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i> | 229 = 65 % | 72 = 21 % | 50 = 14 % | 351 = 100 % |
| <i>IV. Beschwerden der Schuldbeitreibungs- u. Konkurskammer</i> | 163 = 63 % | 53 = 21 % | 42 = 16 % | 258 = 100 % |
| <i>V. Freiwillige Gerichtsbarkeit</i> | 2 = 40 % | 3 = 60 % | — | 5 = 100 % |
| Total | 1287 = 76 % | 316 = 17 % | 120 = 7 % | 1723 = 100 % |

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die
Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Lausanne, den 26. Februar 1912.

Im Namen des schweiz. Bundesgerichtes,

Der Vizepräsident:

G. Favéy.

Der Gerichtsschreiber:

Huber.



Bericht des schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1911. (Vom 26. Februar 1912.)

| | |
|---------------------|------------------|
| In | Bundesblatt |
| Dans | Feuille fédérale |
| In | Foglio federale |
| Jahr | 1912 |
| Année | |
| Anno | |
| Band | 1 |
| Volume | |
| Volume | |
| Heft | 12 |
| Cahier | |
| Numero | |
| Geschäftsnummer | --- |
| Numéro d'affaire | |
| Numero dell'oggetto | |
| Datum | 20.03.1912 |
| Date | |
| Data | |
| Seite | 736-770 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 10 024 550 |

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.